

Übungsfall

OGH 6Ob267/02m

Der am 3. 8. 1966 geborene Kläger ist nebenberuflich als Rettungswagenfahrer beim Arbeiter-Samariter-Bund tätig. Nachdem er am 25. 9. 1999 gegen 4 Uhr früh bewusstlos in einem Lokal zusammengebrochen war, wurde er in die von der beklagten Partei betriebene Krankenanstalt eingeliefert. Die Untersuchung ergab einen Restalkoholwert von 1,3 ‰, die Ursache der anfallsartigen (epileptischen) Bewusstlosigkeit konnte nicht festgestellt werden. Der Kläger ist wenig kooperativ und willigt nicht ein sich weiterführend untersuchen zu lassen. Nach Entlassung des Klägers gegen Revers übermittelte die Krankenanstalt den Befund an den Amtsarzt der örtlich zuständigen Bezirkshauptmannschaft zur Überprüfung der Kfz-Tauglichkeit.

Nach dem dem Vorfall konsultiert der Kläger zusätzlich seine Hausärztin, die ihn zur Abklärung der erhöhten Leberwerte in das Krankenhaus Bludenz eingewiesen habe. Dort habe man eine Leberpunktion durchgeführt und eine geringe Leberverfettung ohne Zeichen einer Hepatitis festgestellt. Ob die Ursache der erhöhten Leberwerte auf den Alkoholmissbrauch zurückzuführen sei, habe weder nachgewiesen noch ausgeschlossen werden können.

Die Ursache des epileptischen Anfalles konnte nicht festgestellt werden.

Nach einer amtsärztlichen Untersuchung wurde dem Kläger am 27. 1. 2000 die Lenkerberechtigung entzogen. Sie wurde ihm nach Vorlage eines psychiatrisch-neurologischen Gegengutachtens am 2. 3. 2000 befristet auf ein Jahr unter Bedingung regelmäßiger nervenärztlicher Kontrollen wieder ausgefolgt.

Mit der vorliegenden Klage begehrt der Kläger Schadenersatz. Die gegen die ärztliche Verschwiegenheitspflicht verstoßende Mitteilung an die Bezirkshauptmannschaft habe zum Entzug der Lenkerberechtigung geführt und sei kausal für die dem Kläger zu ihrer Wiedererlangung entstandenen Kosten und den während des Entzugs der Lenkerberechtigung eingetretenen Verdienstentgang. Die Meldung hätte - weil nur auf vagen Vermutungen beruhend - nicht erfolgen dürfen. Die eingetretene Bewusstlosigkeit habe keineswegs gesichert auf das Vorliegen chronischen Alkoholmissbrauchs gestützt werden können. Es hätten zu keinem Zeitpunkt Hinweise darauf bestanden.

§ 54 Abs 2 Z 4 ÄrzteG entbindet von der ärztlichen Verschwiegenheitspflicht, wenn die Offenbarung des Geheimnisses nach Art und Inhalt zum Schutz höherwertiger Interessen der öffentlichen Gesundheitspflege oder der Rechtspflege unbedingt erforderlich ist. Eine vergleichbare Regelung enthält auch § 25 Abs 2 Vorarlberger Spitalgesetz. Überdies darf nach § 12 Abs 3 der Führerscheingesetz-Gesundheitsverordnung (BGBl 1997/322) die Lenkerberechtigung Personen, die unter epileptischen Anfällen oder anderen anfallsartigen Bewusstseinsstörungen leiden, nur unter Einbeziehung einer befürwortenden fachärztlichen Stellungnahme erteilt oder belassen werden.